

Evangelische Verantwortung

„Die enge Pforte, der schmale Steig zum Leben“

Wie Martin Luther hilft zum wachen Leben und getrostem Sterben

Dr. Hartmut Löwe

Im Februar 1530 teilt der Bruder Jakob mit, der Vater sei gefährlich krank. Als Sohn kennt der Wittenberger Professor seine Pflichten: „daß wir unsere Eltern ... in Ehren halten, ihnen dienen, gehorchen, sie lieb und wert haben“ (Kl. Kat. Erklärung zum 4. Gebot). Aber es ist ihm nicht möglich, nach Mansfeld zu fahren. Den Vater aber zu sich zu holen, dazu ist der zu krank.

So greift Luther zur Feder und schreibt, frisch, zupackend, fern aller Wehleidigkeit. Von seinem Adressaten lenkt er den Blick auf „den Vater, der Euch mir zum Vater geschaffen und gegeben hat.“ Damit gewinnt der Brief eine andere Dimension, ist nicht mehr nur ein Zwiegespräch zwischen Vater und Sohn. Der angerufene Gott schaut über die Schultern, ist da.

Aus der Fürbitte gewinnt das Zeugnis des Glaubens Frische und Kraft: „So laßt nun in Eurer Schwachheit das Herz frisch und getrost sein, denn wir haben dort in jenem Leben bei Gott einen gewissen, treuen Helfer, Jesus Christus, welcher für uns den Tod samt den Sünden erwürgt hat und jetzt da für uns sitzt und samt allen Engeln auf uns sieht und unser wartet, wenn wir heimfahren sollen, daß wir nicht fürchten noch sorgen brauchen, daß wir versinken



oder in den Abgrund fallen werden.“ (Insel-Ausgabe VI, 110).

Wer so schreibt, lebt selbstverständlich in dem Bewußtsein, daß es mehr gibt als nur diese Erde. Die himmlische Welt ist nicht weniger wirklich als die irdische, neben dem zeitlichen und schon verborgen in ihm gibt es das ewige Leben.

Während sich die Zeitgenossen - und wir Christen kaum anders als sie - in diesem Leben festkrallen, spricht Luther von diesem Leben als „betäubtem und

unseligem Jammertal“ und von jenem anderen als dem „besseren Leben“: Ein Wort wie „Jammertal“ klingt fremd und löst bestenfalls ein mitleidiges Lächeln aus. Aber mir scheint, so nicht mehr sprechen zu können, verschweigt einen nicht geringen Teil unserer Wirklichkeitserfahrung. Wie soll man denn nennen, was uns das Fernsehen täglich in die Wohnzimmer bringt? Die Menschen, die Blumen niederlegen an den Gräbern der Opfer von Tschernobyl, Frauen vor den Massengräbern in Srebrenica, hungernde Kinder in den Flüchtlingslagern des Sudan: das sind keine Hinweise auf das Glück der Erde, sondern Erinnerungen an das Elend dieses - immer noch und wieder - Jammertals.

Es ist eben mehr gleichzeitig und miteinander wahr, als es der eindimensionale Verstand gelten lassen will. Luther: „Es ist doch ja dieses verfluchte Leben nichts anderes denn ein rechtes Jammertal, darin man je länger je mehr Sünde, Bosheit, Plage und Unglück sieht und erfährt, und ist das alles kein Aufhören noch Abnehmen da, bis man uns mit der Schaufel nachschlägt.“

Themen- schwerpunkt Zukunft

Beiträge von:

Jochen Borchert 4

Dr. Gerhard Voss 6

Wer durch ehemalige kroatische und bosnische und serbische Kampfgebiete fährt, weiß, wovon die Rede ist.

Doch Luther verbreitet **keine depressive Sicht der Welt**. Damit der Adressat seines Briefes nicht nur an das Elend des Lebens erinnert wird, setzt er neu an und findet einen anderen Ton: „Hiermit befehle ich Euch dem, der Euch lieber hat als Ihr Euch selbst.“ Der Sohn spricht respektvoll, von dörflichen Gemeinschaften und dialektaler Rede kennen wir das auch heute noch, in der 2. Person Pluralis: Euch, Ihr - diese grammatische Form hält Abstand ein, kommt aber trotzdem nah: es ist, als ob die eingeräumte Distanz zwischen Sohn und Vater Gott den Raum gibt, nahe zu kommen, gegenwärtig zu werden. Eine zu große Vertraulichkeit schließt andere aus; dieser Respekt des Sohnes bietet Unterschlupf für einen anderen, für Gott.

Wenige Starke - viele Schwache

1525 wütet in Breslau die Pest. 1527 kam sie nach Wittenberg. Das Leben wurde gefährlich, zumal es viele Kranke gab, die leichtsinnig Gesunde ansteckten. Die Ratsherren erließen strenge Verordnungen. Die Menschen flohen aus den Städten.

Die Universität von Wittenberg war nach Jena umgesiedelt. Sein Kurfürst Johann forderte Luther auf, die Stadt zu verlassen. Der wunderte sich über so viel Verzagtheit und mahnte Besonnenheit an. Mit Bugenhagen und 2 Kaplanen blieb er in Wittenberg, hielt Vorlesungen, predigte, kümmerte sich um die Kranken. Endlich beantwortete er auch die Anfrage des Pfarrherrn Dr. Johannes Heß aus Breslau in seiner Schrift: „Ob man vor dem Sterben fliehen möge.“ Beispielhaft wird vorgeführt, wie der Glaube zum Handeln anleitet und die Liebe das Leiden nicht scheut. Der christliche Weg führt zwischen Feigheit und Fatalismus hindurch. Er kennt nicht nur eine Möglichkeit, er nimmt Rücksicht auf die Mutigen und die Mutlosen.

Die Schrift führt vor, daß Prinzipien alleine noch keine Handlungsanweisungen sind. Da ist viel zu berücksichtigen, um klar und menschenfreundlich Ant-

wort zu geben. Luther stellt, was er schreibt, unter den Vorbehalt „soweit Gott uns Gnade verleiht und wir begreifen“ (Bd. II, 226). Und er schränkt ein: „Weil es unter den Christen so ist, daß es wenige Starke und viele Schwache gibt, kann man zweifellos nicht allen dasselbe zu tragen aufladen,“ (S. 227).

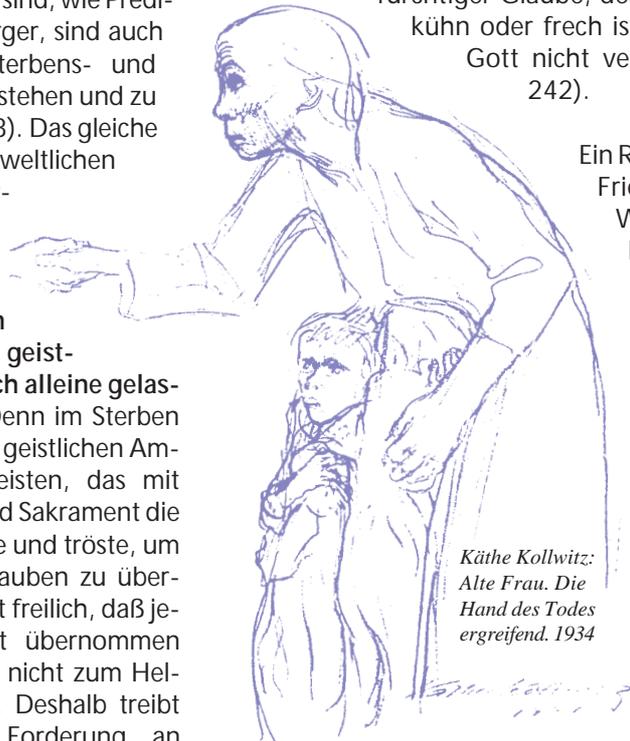
Dann folgt die wesentliche Unterscheidung: Wer anderen nicht verpflichtet ist, hat volle Freiheit, den Ort der Gefahren zu verlassen. Jedoch: „Die, die im geistlichen Amt sind, wie Prediger und Seelsorger, sind auch schuldig, in Sterbens- und Todesnöten zu stehen und zu bleiben“ (S. 228). Das gleiche gilt für alle im weltlichen Amt, also Bürgermeister, Richter und dergleichen.

Die Menschen dürfen weder geistlich noch leiblich alleine gelassen werden. „Denn im Sterben bedarf man des geistlichen Amtes am allermeisten, das mit Gottes Wort und Sakrament die Gewissen stärken und trösten, um den Tod im Glauben zu überwinden.“ Damit freilich, daß jemand ein Amt übernommen hat, ist er noch nicht zum Helden geworden. Deshalb treibt Luther seine Forderung an Amtspersonen, in der Zone der Gefahr zu bleiben, nicht auf die Spitze. Weil „Sterben und Tod zu fliehen und das Leben zu retten, natürlich ist, von Gott eingepflanzt, ist es solange nicht verboten, wie es sich nicht gegen Gott und den Nächsten richtet.“

Die Pfarrer können also untereinander absprechen, wer die Stadt verläßt und wer bleibt. Verlieren die politischen Autoritäten den Mut, so müssen sie wenigstens für einen ordnungsgemäßen Verwalter sorgen. Luther zählt biblische Beispiele von nicht gerade herausragender Tapferkeit auf, vorab den Erzvater Abraham, der seine Frau Sara als seine Schwester ausgab, als es für ihn gefährlich wurde.

Luther spricht den Breslauern und den Wittenbergern Mut zu: „Laßt uns nicht

so verzagt sein und unsere Leute, denen wir verpflichtet sind, nicht so verlassen und vor des Teufels Schrecken so schändlich fliehen“ (S. 239). Aber er unterscheidet zwischen Mut und Frechheit, Kühnheit und Tollkühnheit. Man soll auch nicht überheblich werden, sich selber zu viel zutrauen, die Arznei verachten.“ Gott hat die Arznei geschaffen und die Vernunft gegeben, dem Leib vorzustehen und ihn zu pflegen, daß er gesund sei und lebt (S. 241). „Siehe, das ist ein rechter, gottfürchtiger Glaube, der nicht tollkühn oder frech ist und auch Gott nicht versucht“ (S. 242).



Käthe Kollwitz:
Alte Frau. Die
Hand des Todes
ergreifend. 1934

Ein Rat vom Hof Friedrich des Weisen erbat im Jahre 1519 eine Anleitung zum Sterben. Damals war das nichts Außergewöhnliches. Wird einer heute gefragt, wie er sterben wolle, ist die

Antwort in der Regel: ohne daß er viel davon bemerke, am liebsten plötzlich und ohne Schmerzen.

Ars moriendi

Die ars moriendi vergangener Zeiten ist vielen fremd geworden, kehrt jedoch in der Hospiz-Bewegung unserer Tage in mancher Hinsicht zurück. Die Überzeugung, das Leben zu versäumen, wenn man es mit dem Rücken zum Sterben führt, nimmt wieder zu. Vorläufig sind das noch schüchterne Ansätze. In der Regel wird der Tod, so kräftig er auch von den Medien präsentiert wird, nicht hereingelassen in den eigenen Lebensvollzug. Doch das Bewußtsein nimmt zu, daß hier etwas nicht stimmt.

In 20 nur locker gegliederten Absätzen gibt Luther im „Sermon von der Bereitung zum Sterben“ Hinweise und Ratschläge, dem Leben Lebewohl zu sagen. Er beginnt sehr praktisch und handfest: „Weil der Tod ein Abschied ist von dieser Welt und ihrem Treiben, muß das zeitliche Gut ordentlich verteilt werden.“ Was wir Testament nennen, ist Luther nicht fremd und rangiert an erster Stelle. Das Geistliche folgt dem Leiblichen, die Reihenfolge ist nicht ohne Belang. Wer seinem zeitlichen Gut nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkt, steht in Gefahr, mit den geistlichen Dingen erst recht nicht ins Reine zu kommen. **Der Weg führt von außen nach innen**, der zweite Schritt soll nicht vor dem ersten erfolgen: „... damit nicht bleibe nach seinem Tod Ursache für Zank, Hader oder sonst einen Irrtum unter seinen zurückgelassenen Freunden. Und dies ist ein leiblicher oder äußerlicher Abschied von dieser Welt, und es wird Lebewohl und Abschied gegeben dem Gut“ (Bd. II, S. 16).

Wie der Hausputz vor den Festen so ist das Testament vor dem Sterben ein notwendiger vorbereitender erster Schritt. Dann freilich ist der „geistliche Abschied“ an der Zeit. Er beginnt, wenn man sich die Menschen vor die Seele ruft, die man beleidigt oder denen man Wohltaten vorenthalten hat. Es gilt, loszuwerden, was drückt, bedrückt und belastet.

„Wenn so jedermann Abschied auf Erden gegeben ist, dann soll man sich allein zu Gott richten, wohin der Weg des Sterbens sich auch kehrt und uns führt“ (S. 16).

Die entscheidende Situation ist gekommen. Es scheint enger und enger zu werden. In Wahrheit aber sollen wir zum Leben geboren werden - so wie ein Kind aus dem Leib der Mutter, in dem es Platz hatte und wohlversorgt war, durch eine enge Tür ins zeitliche Leben geboren wird, so werden wir durch die enge Tür des Todes ins ewige Leben geboren. Luther sagt das so:

„Hier beginnt die enge Pforte, der schmale Steig zum Leben. Darauf muß sich ein jeder getrost gefaßt machen.

Denn er ist wohl sehr eng, er ist aber nicht lang. Und es geht hier zu, wie wenn ein Kind aus der kleinen Wohnung in seiner Mutter Leib mit Gefahr und Ängsten geboren wird in diesen weiten Himmel und Erde, das ist unsere Welt: ebenso geht der Mensch durch die enge Pforte des Todes aus diesem Leben.

Und obwohl der Himmel und die Welt, darin wir jetzt leben, als groß und weit angesehen werden, so ist es doch alles gegen den zukünftigen Himmel so viel enger und kleiner, wie es der Mutter Leib gegen den Himmel ist. Darum heißt der lieben Heiligen Sterben eine neue Geburt, und ihre Feste nennt man lateinisch Natale, Tag der Geburt. Aber der enge Gang des Todes macht, daß uns dies Leben weit und jenes eng dünkt. Darum muß man das glauben und an der leiblichen Geburt eines Kindes lernen ... So muß man sich auch im Sterben auf die Angst gefaßt machen und wissen, daß danach ein großer Raum und Freude sein wird“ (S. 16f).

Empfang der Sakramente

Die Not des Sterbens sieht Luther darin, daß die Bilder Tod, Sünde und Hölle auf uns einstürmen - wir können auch sagen: daß wir der Angst zu vergehen, dem Gefühl eines nicht genutzten Lebens, der Qual der Sinnlosigkeit ausgesetzt werden. Dies alles, sagt er, ist jetzt nicht an der Zeit: „Je tiefer der Tod betrachtet, angesehen und erkannt wird, desto schwerer und gefährlicher das Sterben ist.

Im Leben sollte man sich mit des Todes Gedanken üben und sie zu uns fordern, wenn er noch fern ist und einen nicht in die Enge treibt. Aber im Sterben, wenn er von selbst schon allzu stark da ist, ist es gefährlich und nichts nütze. Da muß man sein Bild ausschlagen und nicht sehen wollen“ (S. 18).

Im Einklang mit der Überlieferung der ganzen Christenheit empfiehlt Luther den Empfang der Sakramente als „Wahrzeichen und Urkunde“, daß „Christi Leben deinen Tod, sein Gehorsam deine Sünde, seine Liebe deine Hölle auf sich genommen hat und überwunden. Darüber hinaus wirst du

durch diese Sakramente eingeleibt und vereinigt mit allen Heiligen und kommst in die rechte Gemeinschaft der Heiligen ...“ (S. 26f).

Luther kann die Sakramente bezeichnen als „sehr großen Trost“, „ein sichtbares Zeichen für die göttliche Gesinnung, an das man sich halten soll“, als „Stab“ und „Laterne, nach der man sich richten soll“.

Religiöser Analphabetismus

Diese Bedeutung können in den letzten Stunden des Lebens die Sakramente nur für den gewinnen, der zuvor in ihren Gebrauch eingeübt worden ist. Wer den Psalm „**Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln**“ nicht als junger Mensch kennengelernt hat, für den sind die Worte, wenn es zum Ende kommt, nur Geräusch.

Der heute nicht seltene religiöse Analphabetismus macht eine Bereitung zum Sterben schwer. Es ist schon seltsam, daß Aus- und Fortbildungsprogramme für alles und jedes erfunden werden, ausgerechnet aber von der Religion Spontaneität und Selbstevidenz erwartet werden. Unsere Hilf- und Sprachlosigkeit am Ende zeigt einen eklatanten **Mangel an kultureller und religiöser Bildung**. Alte Gesellschaften hatten uns in dieser Hinsicht viel voraus.

Wach werden für das Leben und fähig, menschlich zu sterben, setzt voraus, daß wir dem Vertrautwerden mit unserer religiösen Tradition neue Bedeutung beimessen. Vorläufig fehlt dafür noch ein allgemeines Bewußtsein. Aber ich finde mich nicht damit ab, daß diese Situation schicksalhaft neuzeitlich ist. Es kommt auf einige wenige an, die sich dieses elementaren Entwicklungsmangels der sich so fortgeschritten Dünkenden annehmen. ■

Anm.:

Bischof Dr. Hartmut Löwe ist Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland.

Ethische Grenzen beim Einsatz der Gentechnik

Interview

Im Streit über genmanipulierte Lebensmittel hat der EAK-Vorsitzende, Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert, für einen „undogmatischen“ Dialog zwischen Kritikern und Befürwortern geworben. An dieser Linie müsse trotz der gewalttätigen Zerstörung von Freilandversuchen festgehalten werden, sagte er in einem Interview. Er nannte es ein „moralisches Gebot“, die wachsende Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Der Einsatz der Gentechnik habe jedoch ethische Grenzen. Mit Borchert sprach epd-Korrespondent Rainer Clos.

Clos: Herr Minister, eine Allianz aus Umweltschutz- und Verbraucherverbänden macht Front gegen die Einfuhr von gentechnisch veränderten Sojabohnen aus den USA. Handelt es sich dabei um eine Angstkampagne oder sind letztlich Risiken nicht völlig auszuschließen?

Borchert: Mit Hilfe der Gentechnik gegen Pflanzenschutzmittel resistent gemachte Sojabohnen sind im Frühjahr dieses Jahres nach eingehender Prüfung durch die zuständigen Behörden als gesundheitlich unbedenklich und risikolos für die Umwelt zum Inverkehrbringen in der Europäischen Union zugelassen worden. Eine Kennzeichnung dieser Sojabohnen konnte auf der bestehenden Rechtsgrundlage nicht vorgeschrieben werden.

Im Kern geht es bei der derzeitigen Diskussion um die politische Frage der Kennzeichnung neuartiger Lebensmittel, nicht um eine Risikodiskussion. Lebensmittel, die gesundheitlich bedenklich sind, dürfen ja nach unserem Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz sowieso nicht in Verkehr gebracht werden. Bei den jetzt zugelassenen Sojabohnen handelt es sich im übrigen nicht um die Bohnen, auf die ein Paranaßgen übertragen wurde und die daher ein erhöhtes Allergierisiko aufweisen. Die Arbeiten hieran wurden eingestellt.



Jochen Borchert

Clos: Eine der Forderungen ist, gentechnisch veränderte Lebensmittel so zu kennzeichnen, daß der Verbraucher sie erkennen kann. In welchen Fällen bedarf es aus Ihrer Sicht einer Kennzeichnungspflicht?

Borchert: Der Verbraucher muß die Möglichkeit haben, sich für oder gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel zu entscheiden. Hierfür ist eine umfassende und praktikable Kennzeichnung erforderlich. Der Verbraucher darf nicht den Eindruck haben, es gäbe etwas zu verbergen. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sind deshalb gefordert, ihren Beitrag zur Information, Aufklärung, Transparenz und zum sachbezogenen Dialog zu leisten.

Bei der Kennzeichnung im Rahmen der geplanten Novel-Food-Verordnung hat Deutschland im Oktober 1995 im Agrarministerrat dem in Brüssel festgelegten gemeinsamen Standpunkt nicht zugestimmt. Die dort festgelegten Kennzeichnungsvorschriften im Gentechnikbereich sind nicht ausreichend. Aus deutscher Sicht müssen gentechnisch veränderte

Produkte nicht nur dann gekennzeichnet werden, wenn sie veränderte Inhaltsstoffe aufweisen. Auch wenn sich die Veränderungen lediglich auf sogenannte agronomische Merkmale oder Eigenschaften wie zum Beispiel Kälte- oder Pflanzenschutzmittelresistenz beziehen, ist nach Auffassung der Bundesregierung eine Kennzeichnung erforderlich.

Clos: Anders als in der Humanmedizin, die auch ein wichtiges Einsatzgebiet von Gentechnik ist, findet die Anwendung in der Landwirtschaft, die sogenannte grüne Gentechnik, laut Umfragen nur wenig Akzeptanz. Worauf führen Sie diese Vorbehalte zurück?

Borchert: Bei der Diskussion um die Gentechnik ist die pauschale Ablehnung einer nach Anwendungsbereichen differenzierten Betrachtungsweise gewichen. Auch in der Landwirtschaft gibt es Anwendungsfelder, die auf Akzeptanz stoßen. Hierzu zählen beispielsweise verbesserte Tierimpfstoffe, umweltfreundliche nachwachsende Rohstoffe und Anwendungen wie die Genomanalyse, bei der weder Nutztier noch Nutzpflanze gentechnisch verändert werden. Bei den pflanzenzüchterischen Bemühungen zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit wird aus meiner Sicht ein Aspekt noch zu wenig beachtet. Wenn es gelingt, unsere Nutzpflanzen gegen eine Vielzahl von Krankheiten resistent zu machen, können im Interesse der Umwelt und des Verbrauchers Pflanzenschutzmittel eingespart werden. Die größten Akzeptanzprobleme haben wir bei Lebensmitteln. Viele Verbraucher sehen für sich bei Produkten aus gentechnischer Herkunft keinen Vorteil.

Clos: Die Befürworter von Nahrungsmitteln und -zutaten, die gentechnisch verändert wurden, argumentieren mit Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen in der Biotechnologie. Sie stellen die hohen Sicherheitsstandards heraus, die Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen würden. Die Gegner verweisen auf Risiken und gesundheitliche Beeinträchtigungen, denen die Menschen ausgesetzt seien, sowie auf nicht überschaubare Folgen für die Natur. Welche Rolle kommt zwischen diesen Positionen der Politik zu?

Borchert: In dem von Ihnen aufgezeigten Spannungsfeld fallen der Politik zwei Aufgaben zu. Zum einen hat sie die Aufgabe, gemäß dem Vorsorgeprinzip Regelungen zu finden, die den Schutz von Mensch und Umwelt gewährleisten, den Verbraucher umfassend informieren und praktikabel sind. Der Schutz des Verbrauchers vor gesundheitlichen Risiken hat dabei vor wirtschaftlichen Erwägungen absolute Priorität.

Zum anderen ist sie aufgerufen, zwischen widerstreitenden Positionen eine vermittelnde Rolle einzunehmen und den Ausgleich herbeizuführen. In diesem Zusammenhang müssen Politik und Verwaltung auch dazu beitragen, daß der Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern sachlich und undogmatisch geführt wird. Voraussetzung dafür ist in erster Linie eine umfassende Information der Öffentlichkeit. Den Medien fällt hierbei eine bedeutende Rolle zu.

Ein anderer Aspekt sollte bei der Diskussion um die Gentechnik nicht vergessen werden. Alle internationalen Organisationen, an der Spitze die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorga-

nisation der Vereinten Nationen, gehen davon aus, daß in Zukunft Erzeugung und Verbrauch von Nahrungsmitteln allein infolge der Bevölkerungsentwicklung noch stärker auseinanderklaffen werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob wir in Europa und besonders in Deutschland auf Forschung und Entwicklung verzichten dürfen, um dann in Kauf zu nehmen und mitzuverantworten, daß sich die prekäre Ernährungslage in manchen kaufkraftschwachen Ländern dieser Erde weiter dramatisch zuspitzen wird.

Clos: Von Wirtschaft, Wissenschaft und Züchtern wird beklagt, Freilandversuche würden immer wieder zerstört und damit Forschung und Züchtung behindert. Reicht als Antwort Aufklärung und Transparenz aus, oder halten Sie ein entschiedeneres Vorgehen gegen Gegner der Gentechnik für geboten?

Borchert: Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß wir mit Kritikern und Gegnern der Gentechnik den sachbezogenen Dialog suchen sollten. Wenn aber einige wenige den Weg der sachlichen Auseinandersetzung verlassen und ge-

walttätig Freilandversuche zerstören, ist das eine schwerwiegende und von den zuständigen Behörden strikt zu verfolgende und zu ahndende Straftat. Hier werden die Bemühungen um Transparenz mißbraucht. Von solchen Vorfällen sollen wir uns aber nicht von unserer Linie des Dialogs abhalten lassen.

Clos: In der Schweiz gibt es einen Disput über ein Patentierungsverbot für Tiere und Pflanzen, die gentechnisch verändert sind. Verletzt die Anwendung der Gentechnik die Würde der Kreatur? Wo sehen Sie unverrückbare moralisch-ethische Grenzen?

Borchert: Ich nehme die Diskussion über die Patentierbarkeit bei Tieren und Pflanzen, die es ja auch in Deutschland gibt, sehr ernst. Ein Patent ist ein zeitlich befristetes Nutzungsrecht an einer Erfindung. Patentierte Gegenstände dürfen durch Dritte nicht wiederhergestellt, bei Pflanzen und Tieren bedeutet dies, nicht vermehrt werden. Nach dem geltenden Patentrecht werden Patente nicht erteilt für Erfindungen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würden. Für Erfindungen bei Tieren ist dafür aus meiner Sicht das Tierschutzgesetz der Maßstab. Danach halte ich Patente nicht für zulässig, die dazu führen, daß dem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Aus gutem Grund hat der Gesetzgeber auch Pflanzensorten und Tierarten sowie biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren von der Patentierbarkeit ausgenommen. Ich trete dafür ein, daß diese Ausnahme erhalten bleibt.

Bei der Gentechnik sehe ich unverrückbare moralisch-ethische Grenzen da, wo Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte berührt werden. Ich sehe aber auch das moralische Gebot, die in Zukunft unzweifelhaft weiter steigende Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Deshalb halte ich eine vorschnelle und generelle Verdammung der Gentechnik für unverträglich. Auf die Potentiale der Gentechnik zur Ernährung der Menschen bei gleichzeitiger weitestgehender Schonung der Biosphäre können wir langfristig nicht verzichten. ■

EAK-Diskussionsforum:

„Besser leben im Zeitalter der Gentechnologie?“

Montag, 9. Dezember 1996, 10 Uhr

Wissenschaftszentrum, Ahrstr. 45, 53175 Bonn

- | | |
|-----------|---|
| 10 Uhr | Begrüßung und Eröffnung durch den EAK-Bundesvorsitzenden Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert , MdB |
| 10.15 Uhr | „Das Ende aller Not?“
Dr. Gaby Sachse , Institut für Biochemie, Technische Hochschule, Darmstadt |
| 10.35 Uhr | Gesprächsrunde 1: Von der Tomate zur „Tomoffel“?
Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung |
| 11.05 Uhr | Gesprächsrunde 2: Vom endlichen Menschen zum unsterblichen „Produkt“?
Gentechnik in Medizin und Forschung |
| 11.35 Uhr | Mittagspause |
| 12.15 Uhr | „Auf dem Weg zu einem neuen Paradies?“
Prof. Dr. Ludger Honnefelder , Institut für Wissenschaft und Ethik, Bonn |
| 12.35 Uhr | Gesprächsrunde 3: Besser leben im Zeitalter der Gentechnologie?
Gentechnik in der öffentlichen Diskussion |
| 13.05 Uhr | Aussprache/Plenumsdiskussion |
| 14.30 Uhr | Schlußwort: Jochen Borchert |

Zukunftsfähigkeit

Gerhard Voss

Eine der großen Herausforderungen auf dem Weg in das 21. Jahrhundert ist die Verbindung von Entwicklung und Umwelt. Davon hängt das Überleben der gesamten Menschheit ab. Insbesondere ist die Dritte Welt betroffen. Das katholische Entwicklungshilfswerk MISE-REOR und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) haben sich gemeinsam auf die Suche nach Lösungswegen für diese Aufgabe gemacht. Das Ergebnis: Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1), die das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag der beiden Organisationen ausgearbeitet hat.

Prinzip der Nachhaltigkeit

Die Studie enthält viele aufschlußreiche Analysen über die Risiken und Chancen weltweiter Entwicklungen sowie Anregungen, wie die eigene Lebensgestaltung den umwelt- und entwicklungspolitischen Erfordernissen besser gerecht werden könnte. Im Mittelpunkt der Studie stehen szenarische Leitbilder für ein anderes Leben in der Industriegesellschaft. Die Leitbilder sollen zur inhaltlichen Ausfüllung des Prinzips der Nachhaltigkeit (Sustainable Development) beitragen. Dabei wird auch auf die gemeinsamen Anliegen der beiden Auftraggeber eingegangen. Die grundsätzliche, normativ-ethische Ausrichtung der Szenarien: Anders leben, damit andere Menschen und die Natur überleben können.

Dennoch weist die Wuppertal-Studie mit ihren Szenarien auch aus christlich-ethischer Sicht nicht nur gangbare Wege. Am christlichen Menschen- und Weltbild orientiert, wählen sie für ihre Politikempfehlungen den falschen Maßstab: Die Endlichkeit der Welt.

Gemessen an der großen Aufgabe, einer schnell wachsenden Weltbevölkerung

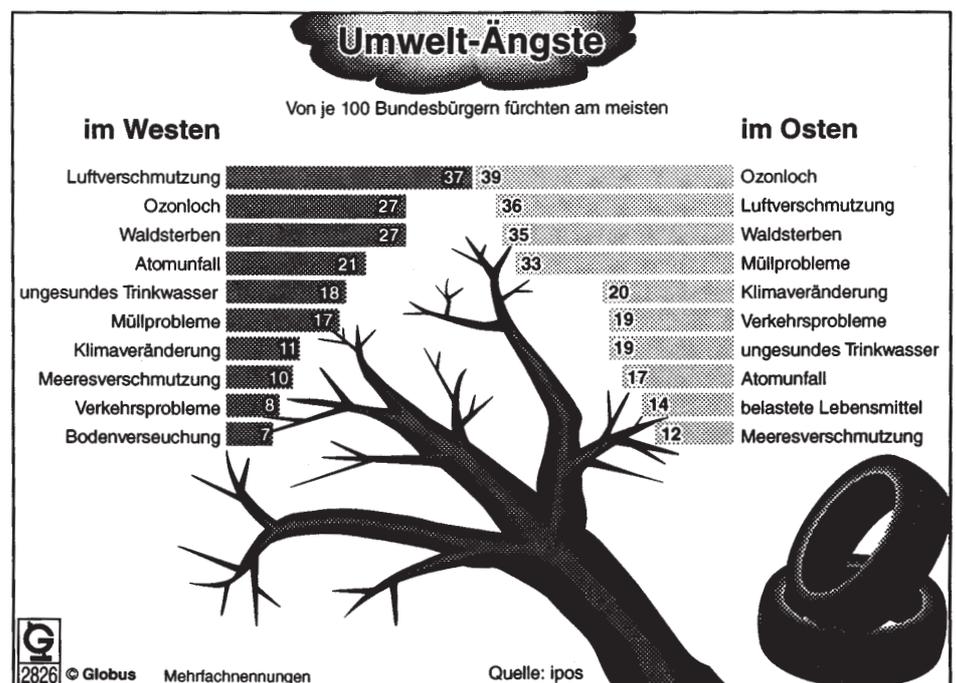
unter Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, kann es heute nicht darum gehen, Wirtschaft und Gesellschaft auf apokalyptisch anmutende absolute Grenzen des Wachstums einzustellen. Vielmehr muß es uns heute darum gehen, den aktuell sichtbaren und mittelfristig absehbaren Entwicklungshemmnissen durch geeignete Maßnahmen zu begegnen. So gesehen geht es nicht um die Grenzen des Wachstums, sondern um das Wachstum der Grenzen bei Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das heißt, Zukunftsfähigkeit muß durch Innovationsfähigkeit unter Beweis gestellt werden.

Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit

Das begrenzende Szenario in der Wuppertal-Studie geht auf das umweltökonomische Konzept des Umweltraumes zurück, der die lebenswichtigen Ressourcen der Erde quantitativ und qualitativ umschreiben soll. Die Grundidee orientiert sich am Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit, wonach der Zugriff

auf den festen Ressourcenbestand so zu organisieren ist, daß alle heute und künftig lebenden Menschen einen gleichen Anteil erhalten können. Als zukunftsfähig gilt in der Wuppertal-Studie demnach ein Energie-, Material- und Flächenverbrauch, der pro Kopf auf der ganzen Welt gleich verteilt ist. Deutschland müßte nach diesem Konzept und den Berechnungen der Autoren seinen Rohstoff-, Energie- und Materialverbrauch bis 2050 auf ein Zehntel des heutigen Niveaus verringern. In vielen Entwicklungsländern ist selbst dieses Niveau noch nicht erreicht. Sie können und müssen ihren Ressourcenverbrauch noch ausweiten.

Eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern auf ein Niveau, das in vielen Entwicklungsländern noch gar nicht erreicht ist, mag aus Gründen der Solidarität gegenüber den armen Ländern und zur Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen angemessen erscheinen. Die Richtung stimmt, doch ist das aus dem Gerechtigkeitsprinzip abgeleitete quantitative, global-gleichmacherisch formulierte Reduktionsmaß falsch. Seine politische Umsetzung würde letztlich auf die Bewirtschaftung eines gegebenen Ressourcenbestandes in den einzelnen Ländern, Ländergruppen und Staaten hinauslaufen, was weder entwicklungs- noch umweltpolitisch Erfolg verspricht.



Die in der Wuppertal-Studie vorgeschlagene Strategie der Ressourcenbewirtschaftung läuft letztlich auf eine quantitative und qualitative Wachstumsdrosselung hinaus, was auch die Innovationsfähigkeit bei der Lösung der großen entwicklungs- und umweltpolitischen Aufgaben einschränkt. Die Studie geht nicht von der real existierenden globalen Wirtschaft aus. Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten ist es deshalb besonders gravierend, daß infolge der länderbezogenen Ressourcenbewirtschaftung auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung weitgehend verzichtet werden müßte. Betroffen wären vor allem Länder und Regionen, die eine autarke Wirtschaft nicht aufbauen können. Viele Länder der Dritten Welt müßten weiter in ihrer Armut verharren, die wichtigste Ursache der dortigen Umweltschäden wäre keineswegs beseitigt. Auch in vielen Industrieländern würde der ökonomische Spielraum für eine ökologische Gestaltung des Wirtschaftsprozesses enger, insbesondere auch für das rohstoffarme, exportorientierte Deutschland.

Gleichverteilung der Ressourcennutzung?

Zudem: Das Postulat der Gleichverteilung der Ressourcennutzung auf der Erde bietet keinerlei Anhaltspunkte zur Definition und Lokalisierung der gravierenden Umweltprobleme auf der Erde. An die Stelle einer problemorientierten, emissionsmindernden Umweltpolitik träte die als zu simple Gleichung: Wenn insgesamt weniger Ressourcen ge- und verbraucht würden, sanken auch global die Umweltbelastungen. Der Weiterentwicklung einer problemorientierten, innovatorischen Umweltpolitik würde damit der Weg abgeschnitten.

Die **Alternative** zur Wuppertal-Konzeption der Bewirtschaftung eines begrenzten Umweltraumes besteht in der **Förderung und Gestaltung eines offenen, evolutorischen Entwicklungsprozesses** - und zwar weltweit. Die treibenden Kräfte dieses Prozesses müssen eine bessere internationale Entwicklungszusammenarbeit sowie die Förderung des technischen Fortschritts, vor allem in den Industrieländern sein. Die Anfänge für eine bessere entwicklungspolitische

Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch: Auf Entkoppelungs-Kurs

je 1.000 DM Bruttoinlandsprodukt

	1960	1970	1980	1990	1995
Rohstoffe und Energieträger in Kilogramm	833	735	604	464	409
Endenergieverbrauch in Kilogramm SKE	146	149	127	101	97 ⁴⁾
Abfallaufkommen kg je 1.000 DM BIP	113	73	92	65	54 ¹⁾
Abwasseranfall m ³ je 1.000 DM BIP	18	19	22	17 ²⁾	16 ³⁾
Kohlendioxidemissionen kg je 1.000 DM BIP	555	490	400	288	274 ³⁾
Siedlungs- und Verkehrsfläche m ² je 1.000 DM BIP	19	20	14	12	12 ¹⁾
* Materialverbrauch je 1.000 DM Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 in Westdeutschland					
1) 1993 2) 1991 3) 1992 4) 1994					
Quelle: IW-Berechnungen					

und ökologische Ausrichtung der internationalen Arbeitsteilung sind bereits gemacht. Mit der **Agenda 21**, dem weltweiten Entwicklungs- und Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das 1992 auf dem Welt-Umweltgipfel in Rio de Janeiro verabschiedet wurde, ist das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung konkretisiert worden.

Ökologischer Strukturwandel

Das Nachhaltigkeitsprinzip im Sinne der Agenda 21 erschöpft sich keineswegs in der Konservierung des Bestehenden, sondern setzt auf einen weltweiten ökologischen Strukturwandel, der von Innovationen und ökologisch angepaßten Wachstumsprozessen getragen wird. Auch beim Abschluß der Uruguay-Runde des GATT wurde die Bedeutung von Entwicklungs- und Umweltbelangen in der neuen Welthandelsorganisation WTO herausgehoben. Diese Chancen gilt es jetzt zu nutzen -, nicht aber die internationale Arbeitsteilung planwirtschaftlich zu behindern und damit ihre Innovationsfähigkeit zu drosseln.

Bei aller Kritik an der Wuppertal-Studie kann eine zentrale Forderung der Autoren dennoch voll unterstützt werden:

Bei der Entwicklung von Konzepten für ein vorsorgendes, ressourcenschonendes Wirtschaften muß **Deutschland** als ein führendes Industrieland eine **Vorbildfunktion** übernehmen. Jede gesellschaftliche Gruppe, die Unternehmen, die Konsumenten, staatliche und nicht-staatliche Einrichtungen müssen sich entsprechend engagieren. Hier gibt es noch viel zu tun.

Allerdings muß Deutschland bei der notwendigen Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Der richtige Weg ist bereits eingeschlagen, wie die Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes zeigen: 1960 steckten in 1.000 DM reales Bruttoinlandsprodukt 833 kg verwertete Rohstoffe und Energieträger, 1995 waren es mit 409 kg weniger als die Hälfte. Derart drastische Entkoppelungstendenzen haben sich auch bei anderen Indikatoren ergeben (siehe Tabelle).

Eine erwünschte, weitergehende Entkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch setzt vor allem entsprechende Rahmenbedingungen für den technischen Fortschritt sowie

die Mobilisierung von Investitionskapital zur Modernisierung und Erweiterung der Umweltschutz-Infrastruktur voraus.

Ein wichtiger umwelt- und entwicklungspolitischer Beitrag Deutschlands kann es sein, das Know-how für nachhaltiges Wirtschaften weltweit, insbesondere auch in Entwicklungsländer zu übertragen. Denn der Aufgabenkatalog, der

hinter den Zielen des Sustainability-Ansatzes steht, geht weit über eine nationale Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch hinaus. Würde überall in der Welt das in Deutschland erreichte Umweltschutzniveau praktiziert, könnten die weltweit kaum zu umgehenden Wachstumsprozesse ökologisch abgefedert und in eine nachhaltige Richtung gelenkt werden. ■

1) BUND und Misereor (Hrsg.), Zukunftsfähiges Deutschland - ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel 1996.

Anm.:

Dr. rer.pol. Gerhard Voss ist Leiter der Forschungsstelle Ökonomie/Ökologie im Institut der deutschen Wirtschaft in Köln.

Zum Bußtags-Volksbegehren der nordelbischen Kirche

Thorsten Geißler, MdL

Wer derzeit in Schleswig-Holstein an einer evangelischen Kirche vorbeifährt, wird nicht selten auf ein violettes Banner stoßen mit der Aufschrift „Ja zum Bußtag“. Über ein Volksbegehren möchte die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche den Buß- und Bettag als gesetzlichen Feiertag wiederherstellen.

Nach den Bestimmungen der Landesverfassung kommt ein solches Volksbegehren zustande, wenn sich innerhalb eines halben Jahres mindestens fünf Prozent der Stimmberechtigten in die hierzu in den Rathäusern ausliegenden Listen eintragen. Gegenwärtig ist völlig offen, ob es der Kirche gelingen wird, die erforderlichen Stimmen zusammenzutragen.

Vor- und Nachteile

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, der in der vergangenen Legislaturperiode mit den Stimmen der SPD den Buß- und Bettag über eine Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes als gesetzlichen Feiertag abgeschafft hatte, hat sich auch nach der Landtagswahl am 23. März dieses Jahres erneut mit der Thematik befaßt. Dabei hat die CDU das Volksbegehren, das im übrigen auch von der katholischen Kirche unterstützt wird, ausdrücklich begrüßt, da es dem Volk die Möglichkeit gibt, darüber zu

entscheiden, ob es der Wiedereinführung des Buß- und Bettages überwiegend Vor- oder Nachteile zuzählt. Die Nachteile sind ebenso offenkundig wie die Vorteile. Bei einer Wiedereinführung müßten die Arbeitnehmer die Kosten der Pflegeversicherung allein tragen. Der Grundsatz einer paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung müßte als durchbrochen angesehen werden.

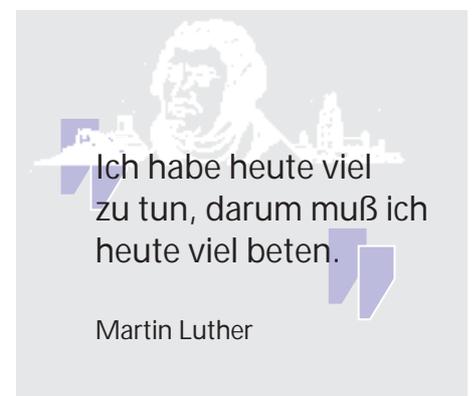
Auf der anderen Seite kann die Bedeutung des Buß- und Bettages als kirchlicher Feiertag nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für uns evangelische Christen hat es ohnehin eine besondere Bedeutung, da er der einzige rein evangelische Feiertag ist. In unserer schnelllebigen und hektischen Zeit, in der viele ethische Grundfragen neu zu definieren sind, dürfte aber ein Feiertag, der zur Besinnung und kritischen Reflexion einlädt, für jedermann unabhängig von seiner Konfession zugehörigkeit von Bedeutung sein.

Vor einer schwierigen Entscheidung

Wir alle brauchen Zeit zur Besinnung, brauchen Zeit, über Fehler der Vergangenheit und unsere Verantwortung für die Zukunft nachdenken zu können. Die Menschen in Schleswig-Holstein stehen somit derzeit vor einer schwierigen Entscheidung, einer Entscheidung für oder wider den gesetzlichen Feiertag und für oder wider eine höhere und einseitige

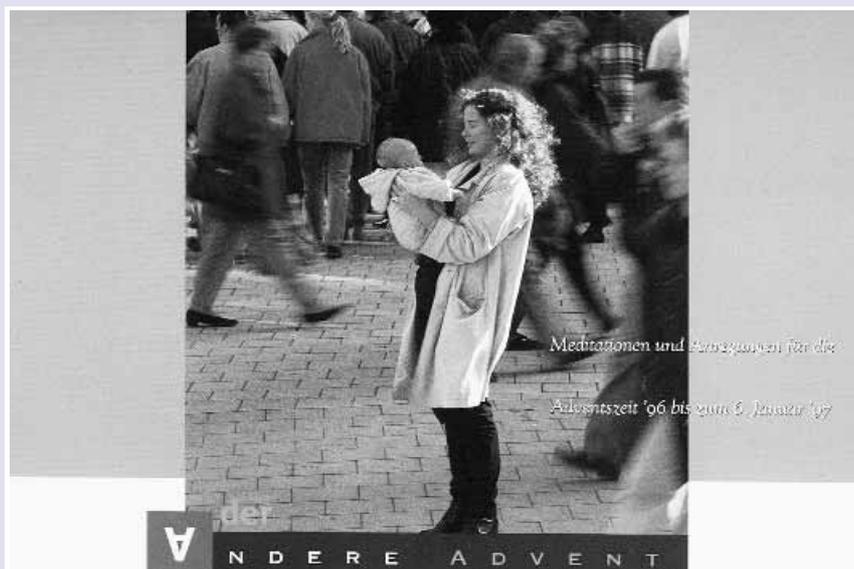
Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die CDU ist sich einig: Das Volk soll selbst entscheiden, wieviel ihm der Buß- und Bettag als gesetzlicher und damit arbeitsfreier Feiertag wert ist.

Demgegenüber haben sich die Sozialdemokraten und das Bündnis 90/Die Grünen in Widersprüchen verfangen. Auch den Sozialdemokraten ist klar, daß sich angesichts der internationalen Konkurrenzlage eine Belastung der Arbeitgeber mit weiteren Lohnnebenkosten verbietet.



Teile der SPD, insbesondere Ministerpräsidentin Heide Simonis, hatten sich daher auch im Zuge der Beratung der Finanzierung der Pflegeversicherung für ein Kompensationsmodell ausgesprochen. In einem Interview der Zeitschrift „Focus“ erklärte Ministerpräsidentin Simonis noch am 6. Dezember 1995: „Man muß über Kompensation reden, wenn man weiß, die Kassen sind leer.“

Schleswig-Holstein ist bekanntermaßen ein Land, in dem in der Vergangenheit überdurchschnittlich viele Sozialdemokraten unter Gedächtnisschwund gelitten hatten. Heute nun lassen sich viele Sozialdemokraten nur sehr ungern an



Amt für Öffentlichkeitsdienst der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche (Hrsg.): Der Andere Advent. Kalender mit Meditationen und Anregungen für die Adventszeit '96 bis zum 6.1.97. (12,- DM) (Bestelladresse: Der Andere Advent, Feldbrunnenstr. 29, 20148 Hamburg).

Der erste Begleiter für einen „Anderen Advent“ erschien im vergangenen Jahr, sein Format war für manch einen ungewohnt. Den meisten gefiel allerdings die großzügige Gestaltung von Texten und Bildern. Man soll täglich zwölf Minuten still sein, die Texte des Tages lesen und darüber meditieren.

Das große Format hatte weitere Vorteile, wie z.B. Frau H.L. aus Hamburg berichtet. Einem ruhigen Advent stand vieles im Wege: zwei aufgeregte Kinder, ein kranker Großvater, die eigene Bronchitis. Nach Plan lief so ziemlich nichts mehr. Doch sie geriet nie in Panik, denn erstens wurde sie von ihrem Mann unterstützt und zweitens von dem Kalender. Sie hielt ihn sich demonstrativ vor Augen, wenn Hektik Einzug halten wollte - wie einen Schutzschild.

Hoffentlich muß das Ehepaar C. und R.R. aus Pinneberg jetzt nicht umziehen. Denn die beiden Nägel, an denen der etwas größere Kalender des Vorjahres hing, hielten „auch das Haus ein wenig zusammen.“

dieses Simonis-Zitat erinnern. Mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahm der Landtag am 23. Mai einen Antrag an, in dem eine Kompensation der Kosten der Pflegeversicherung abgelehnt wird.

Der Buß- und Betttag soll als gesetzlicher Feiertag wiederhergestellt werden, gleichzeitig sollen die Kosten der Finanzierung der Pflegeversicherung auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt werden. Dies wäre wider alle ökonomische Vernunft.

In keinem anderen Land sind die Lohnnebenkosten so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Wer die Arbeit-

geber mit weiteren Lohnnebenkosten belastet, beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze. Vereinzelt ertönten daher aus dem sozialdemokratischen Lager Stimmen, die fordern, die Pflegeversicherung durch Steuern zu finanzieren.

Die gleichen Stimmen, die den Bundesfinanzminister mit Vorwürfen überziehen, weil er angeblich nicht sparsam genug mit den Staatsfinanzen umgehe, fordern somit entweder höhere Schulden oder höhere Steuern. Beides wäre nicht nur wirtschaftspolitisch unverantwortbar, sondern dokumentiert auch die völ-

lige Konzeptionslosigkeit der Sozialdemokraten. Im übrigen herrscht im Regierungslager Streit. Die Sozialdemokraten unterstützen das Volksbegehren der Kirche ausdrücklich nicht. Demgegenüber hat die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Frau Fröhlich, die kirchliche Initiative ausdrücklich begrüßt. Doch weder SPD noch Bündnis 90/Die Grünen verfügen über einen überzeugenden Lösungsansatz, gemeinsam versuchen sie statt dessen, die Verantwortung in Richtung Bundesregierung abzuwälzen.

Recht einfach macht es sich derzeit auch die schleswig-holsteinische FDP. Mit Hilfe eines Gesetzentwurfes will sie den Buß- und Betttag als gesetzlichen Feiertag wieder herstellen, gleichzeitig sollen die Arbeitnehmer die vollen Kosten der Pflegeversicherung tragen. Nach Auffassung der CDU sollte der Landtag eine solche Entscheidung aber nicht selbst treffen.

Denn bei der Novellierung der Landesverfassung wurden plebiszitäre Elemente gerade deshalb aufgenommen, um dem Volk die Entscheidung über bestimmte folgenschwere Fragestellungen selbst zu überlassen.

Standortbestimmung für die Gesellschaft

Die Entscheidung zwischen der Wiederherstellung des Buß- und Betttages als gesetzlichem Feiertag und dem Erhalt des Prinzips der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung ist insbesondere für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestimmt keine einfache Entscheidung. Sie ist zugleich ein Stück Standortbestimmung für diese Gesellschaft. ■

Anm.:

Thorsten Geißler, MdL, ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Kloster Wienhausen bei Celle:

Eine fast tausendjährige Tradition wird fortgeführt

Willi Müller

Mord und Totschlag spielen sich da ab. Die Ritter zu Pferd jagen mit Lanzen aufeinander los, die zu Fuß bedrohen sich mit Schwertern. Dem Drachen wird die Zunge abgeschnitten. Isolde aber bringt ihren Liebsten auf dem Zelter zur Burg.

Das Ganze ereignet sich auf drei von Wappenstreifen und Schriftbändern unterbrochenen Bilderfriese des ‚Tristan-Teppichs I‘ ab. Nahezu zehn Quadratmeter groß ist diese Textilie aus der Zeit um 1300. Sie ist eine der Kostbarkeiten, derentwegen Abertausende zu den alljährlich am Freitag nach Pfingsten beginnenden, 14 Tage dauernden ‚Wienhäuser Teppichwochen‘ kommen. Spätestens dann stellen sie fest, daß dieses Kloster noch über eine Vielzahl erlesener anderer Kunstwerke ver-



Tristan-Teppich aus der Zeit um 1330.

fügt. Auffallen wird darüber hinaus, daß es Frauen im Pensionsalter sind, die das ihnen anvertraute Gesamtkunstwerk pflegen, entschlossen zu einem Leben in ‚evangelischer Klostersgemeinschaft‘:

Es ist dies im übrigen nicht der einzige **Frauenkonvent** in Niedersachsen, der sich die Aufgabe gestellt hat, eine bis zu tausend Jahre alte Tradition zu bewahren. Neben Kloster Wienhausen gibt es allein im Regierungsbezirk Lüneburg noch weitere fünf Heideklöster - die in Ebstorf, Isenhagen, Lüne, Medingen und Walsrode. Sie alle sind rechtlich selbständige Körperschaften, für die der Staat unterhaltspflichtig ist, weil ihnen im Verlauf der Geschichte von der Obrigkeit die wirtschaftliche Grundlage entzogen wurde. Mit Aufsicht und Betreuung ist der Präsident der Klosterkammer beauftragt. Diese verwaltet den Hannoverschen Kulturfonds, in dem seit 1818 das Vermögen der ehemals geistlichen Güter im Bereich des früheren Königreichs Hannover zusammengefaßt ist.

Daß die **Heideklöster** Reformation und Säkularisation überstehen konnten, verdanken sie in allererster Linie den Landständen. Deren Beweggründe waren keineswegs uneigennützig gewesen. Der simple Grund: Man hatte diese Frauenklöster als ‚Versorgungseinrichtungen für ledige Töchter verdienender evangelischer Männer des Landes‘ am Leben erhalten wollen. Der große Unterschied zu heute, aus Sicht einer Konventualin: ‚Früher waren die Klöster für die Frauen da, heute ist es umgekehrt.‘

Axel Frhr. von Campenhausen, Präsident der Klosterkammer, betont somit nur eine Seite der Medaille, wenn er schreibt: ‚So bieten die Klöster alleinstehenden Frauen die Möglichkeit, in Stille und Abgeschiedenheit, aber nicht außerhalb der Welt, in kultivierter Atmosphäre zu leben.‘ Die keineswegs

unwichtige andere Seite beschreibt Mechthild von Döhren, seit sieben Jahren Äbtissin in Wienhausen, so: ‚Die neuaufzunehmende Konventualin sollte gesund und unabhängig von Familie sein, um die Gemeinschaft im Kloster annehmen zu können.‘

In den ‚Informationen zum Leben im Kloster Wienhausen‘ heißt es über die in der Tradition der Kanonissen lebenden Konventualinnen, daß sie ‚lebensbejahende aktive Rentnerinnen‘ seien, die ihren Haushalt selbst versorgen und ‚nach dem Maß ihrer Kräfte‘ im Kloster, Klostersgarten und Dorf tätig. Hauptaufgabe sei es, ‚die Kunstschatze zu bewahren und Interessierten zu zeigen‘ - daher auch die Präsenzpflcht von April bis Oktober. Erwartet werde von einer Bewerberin die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche und deren Bejahung, außerdem die Bereitschaft zur Teilnahme an den Andachten in der Hauskapelle sowie an den Gottesdiensten an Sonn- und Feiertagen.

Erhalten und modernisieren

Mechthild von Döhren, über lange Jahre hinweg Rektorin einer Internatsschule in Celle, sieht ihre Hauptaufgabe als Äbtissin darin, zum ‚Wohlbefinden des Konvents‘ beizutragen. Sie möchte vor allem erreichen, ‚daß die Menschen, die hier sind, sich gern im Kloster aufhalten‘. Das Allerschwierigste sieht sie darin, ‚die richtigen Menschen zusammenzuführen‘. Sie, die sich auf jede Rückkehr nach Wienhausen freut, weil dann ja irgendwann die Giebel dieses Anwesens im Grün auftauchen müssen, hat eine besondere Freude am Gestalten. Ihr liegt am Erhalten und am Modernisieren. Nicht weiter erstaunlich ist daher, daß sie darauf achtet, daß die kloster eigenen Wohnungen zeitgemäß ausgestattet sind - ein Anliegen, das sie von ihrer Vorgängerin übernommen hat.

Völlig neue Akzente hat Mechthild von Döhren indessen mit dem Bau einer neuen Hauskapelle und der Einrichtung von zwei Museen gesetzt: eines - im ehemaligen Winterrefektorium - für den berühmten gotischen Textilschatz des Klosters, und eines im Untergeschoß des Westflügels, das sogenannte

Klostermuseum. Hier sind u.a. die vor einigen Jahren unter den Bohlen des Nonnenchors gemachten spektakulären Funde ausgestellt, darunter spätmittelalterliche Brillen, Schreibtäfelchen und Griffel, Andachtsbüchlein und Pilgerzeichen.

Umfangreiche Besitze

Selbstbewußtsein kommt in der Realisierung dieser Projekte zum Ausdruck, auch Durchsetzungsvermögen im Konvent, Eigenschaften etlicher Wienhäuser Äbtissinnen im übrigen. Katharina von Hoya, Äbtissin in den Jahren 1422 - 1437 und 1440 - 1469, in deren Amtszeiten das Kloster eine letzte große Blüte erlebt hatte, kann in diesem Zusammenhang genannt werden, aber eben auch jene von 1952 - 1978 amtierende Luise Friedrichs. Deren Zähigkeit ist es zu verdanken, daß Wienhausen herausragende, im vergangenen Jahrhundert auf Wunsch des Königs nach Hannover entlehene Kunstwerke zurückerhalten hat, etwa den „Auferstehenden Christus“, eine halblebensgroße Holzplastik aus dem späten 13. Jahrhundert.

Kloster Wienhausen zeichnet sich heute immer noch durch seine umfangreichen Besitze aus gotischer Zeit aus. Die geradezu atemberaubende Fülle führt man darauf zurück, daß es eines der bevorzugten Klöster von Angehörigen des braunschweigisch-lüneburgischen Herzogshauses war. Trotz aller Einbußen im Verlauf der Jahrhunderte: Während einer selbst bei „flottem Vorankommen“ leicht über eine Stunde dauernden Führung kann der Eindruck nicht ausbleiben, ein Juwel von unschätzbarem Wert kennenzulernen. Da ist zum einen die ausgedehnte Anlage mit Bausubstanz aus der Gründerzeit, der immer noch zu Klosterzwecken genutzte Nonnenchor mit dem um 1280 entstandenen Chorgestühl; beeindruckend die Kreuzgänge mit ihren Wandmalereien und den so außergewöhnlichen mittelalterlichen Glasfenstern; da ist die Allerheiligenkapelle mit Malschichten aus dem 13. Jahrhundert. Eine Rarität folgt der anderen.

Entsprechend verhält es sich mit den mobilen Ausstattungsstücken. Flügelaltäre gehören dazu, der hausartige Sarkophag des heiligen Grabes mit der darin liegen-

den weitaus älteren Christusfigur, die kurz vor 1400 entstandene Ewig Lampe, ein Bronzerad mit feinsten Ausschnittarbeiten, die „Wienhäuser Madonna“, die - gemeinsam mit dem „Auferstehenden Christus“ - zum Besten gehört, „was aus der Zeit der gotischen Erweiterung des Klosters bewahrt geblieben ist“ - die Aufzählung wäre leicht fortzuführen.



Blick auf den Frauenchor

Nicht weiter verwunderlich ist es, daß Kloster Wienhausen für Experten auf den Gebieten mittelalterlicher Kunst geradezu ein Dorado darstellt. Prachtvolle Veröffentlichungen liegen daher auch schon vor. In einer der außerordentlich aufwendigen und anspruchsvollen Publikationen der CVMA-Arbeitsstelle in Freiburg (Corpus Vitrearum Medii Aevi) wurden unlängst beispielsweise Wienhausens mittelalterliche Glasmalereien mustergültig dokumentiert. Mechthild von Döhren erkennt dies an, verweist im nächsten Augenblick aber auch schon auf noch bestehende Lücken. Die Äbtissin: „Es müßte jetzt vor allem die nachreformatorische Geschichte des Klosters aufgearbeitet werden“.

Anm.:

Willi Müller ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und tätig im Bildungszentrum Schloß Eichholz.

Leserbrief

Betr.: Evangelische Verantwortung 9/96
Dr. R. Hauth: Religiosität am Ende des 20. Jahrhunderts

1) Dr. Hauth behauptet, daß die Neuapostolische Kirche (=NAK) „von einem exklusiven Selbstverständnis geprägt“ sei. Hierzu ist anzumerken, daß die NAK ihrerseits grundsätzlich die Taufe aller christlichen Konfessionen als gültig anerkennt und bestätigt. Jeder, der an einem NAK-Gottesdienst teilnimmt, kann freiwillig am Heiligen Abendmahl teilnehmen. Umgekehrt gilt jedoch, daß die NAK von der ev. Kirche „nicht als wirkliche christliche Glaubensgemeinschaft“ angesehen und deshalb kein Neuapostolischer von der ev. Kirche zum Abendmahl zugelassen wird (vgl. die Veröffentlichung des ev. Presseverbandes: F.W. Haack: Neuapostolische Kirche. München 1992 S. 57 u. 61).

2) Dr. Hauth wirft der NAK eine „nicht demokratisch legitimierte Führung“ vor. Ich frage mich allerdings, warum er nicht dieselben Vorhaltungen in vergleichbarer Schärfe der Katholischen Kirche vorträgt. Wie der Papst vom Kardinalskollegium, so wird unser Stammapostel vom Apostelkollegium gewählt und beauftragt. Da die zahlreichen Amtsträger einer NAK-Gemeinde alle ehrenamtlich bestellt werden, sind letztendlich alle aktiven Familien einer Gemeinde in der örtlichen neuapostolischen Kirchenorganisation vertreten. Durch diese enge Verflechtung der Gemeindemitglieder mit ihrer Kirchenverwaltung besteht kein erkennbares Bedürfnis nach Wahlen zu einem Kirchengemeinderat o.ä., wie das in den großen Landeskirchen üblich ist. Für die höhere Ebene wird seit einigen Jahren in der NAK eine Landesversammlung gewählt.

3) Dr. Hauth behauptet, „es gibt (in der NAK) ein totales Kritikerbot“. Ich erlaube mir, dies als Unsinn zu bezeichnen. Ich selbst habe schon in den 70er Jahren mündlich und schriftlich sachliche Kritik vorgetragen und wurde weder mit „Ausschluß noch mit Verlust des ewigen Heils bedroht“, wie Hauth unterstellt. Teilweise wurde meiner Kritik sogar auf höchster Ebene sofort entsprochen. ...

Fritz Heinzelmann
Marderweg 17 • 73230 Kirchheim

Bücher

Christian Walther:
Politisches Christentum.
Ein kontroverses Phänomen
im Protestantismus
160 Seiten, München 1996

Die Geschichte des EAK ist die Geschichte des Ringens um die Frage, wie der evangelische Christ im Gehorsam gegen das Evangelium seine politische Verantwortung im Staat des Grundgesetzes und unter den Bedingungen der jeweiligen Gegenwart in der rechten Weise wahrnehmen soll. Ausgangspunkt war die Überzeugung, daß das politische Engagement eine Konsequenz des Glaubens sei; diese Überzeugung war und ist allgemeine Ansicht über die Grenzen der Parteien und der kirchlichen Strömungen hinweg. Auseinandersetzungen gab und gibt es um die Frage, ob sich aus dem Glauben eine zwingende Option für eine bestimmte politische Entscheidung ergebe. Hinzu tritt dann ein weiteres Problem, nämlich dies, wie weit solche im Glauben verantwortete Politik auf ihre Realisierbarkeit zu achten oder ihr Tun als zeichenhaftes Handeln zu verstehen habe, das am Erfolg nicht eigentlich interessiert ist.

Die Geschichte dieser Auseinandersetzung in den letzten 150 Jahren zeichnet Christian Walther in seinem Büchlein auf. Auf jeweils wenigen Seiten schildert er „politisches Christentum“ unter den Voraussetzungen der konservativen und der liberalen Theologie und - besonders interessant - des Religiösen Sozialismus. Mit Spannung verfolgt man auch, wie bestimmte Strömungen solchen politischen Christentums mit theologischen Be-

gründungen die Hinwendung zum Nationalsozialismus vollzogen und daß später aus der behaupteten Nähe von Christentum und Sozialismus eine bemerkenswerte Blindheit gegenüber den schlimmen Seiten des DDR-Regimes folgte. So nachdrücklich Walther an solchen Stellen seine theologische Kritik anmeldet, so sorgfältig sucht er vorschnelle Urteile zu vermeiden. Man wird künftig nach Walthers Buch greifen, wenn man sich über die Auswirkungen der verschiedenen theologischen Strömungen auf die politischen Urteile evangelischer Christen unterrichten will, und man sollte sich von der Lektüre auch nicht dadurch abhalten lassen, daß es in einem nicht ganz leicht lesbaren Stil geschrieben ist. ■

Albrecht Martin



Das Projekt mit dem Slogan „evangelisch aus gutem Grund“ soll dazu beitragen, die Frage: „Was bedeutet Evangelisch-Sein?“ in Kirche und Gesellschaft neu zu stellen. Diese Projektmappe kann für DM 20,- bezogen werden bei:

Projektstelle „evangelisch aus gutem Grund“ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Paulusplatz 1, 64276 Darmstadt ■

„Beten und arbeiten“

Predigt von Landesbischof
D. Horst Hirschler

„Ich finde es sehr, sehr schön, daß wir heute morgen diesen Gottesdienst hier in unserer Marktkirche gemeinsam feiern können und daß Sie auf diese Weise Ihren Parteitag beginnen. Ich muß gestehen, ich habe vorhin gefragt: Wieso ist das der 8. Parteitag? Es gibt doch die CDU schon ein bißchen länger. Da wurde mir gesagt: Das ist seit der Wiedervereinigung der 8.! Da muß ich sagen, das ist wirklich etwas Besonderes.

Wir wollen als erstes Gott danken für diesen Morgen, daß wir hier so zusammen sein können, bis dahin, daß jede und jeder für sich Überlegen kann: Was bedeutet das? Ich bin hier heute morgen und Gott trägt mich. Es ist gut, daß wir uns zuerst darauf besinnen, wofür wir zu danken haben, und nicht, wie es bei uns üblich ist, zuerst darauf, was wir zu tun haben. ...

Am 1. Mai dieses Jahres - sonst haben wir als Prediger da eigentlich arbeitsfrei - durfte ich einen Gottesdienst in Peine machen. Da hatte mich der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt eingeladen. Wir haben einen schönen Gottesdienst mit Betriebsräten, Gewerkschaftern, Leuten aus der Wirtschaft gemacht, und anschließend sind wir auf den Marktplatz zur Kundgebung gezogen. Ich habe da auch mein Sprüchlein gesagt, das, was zur sozialen Gerechtigkeit heute gesagt werden muß. Plötzlich sehe ich, auf dem

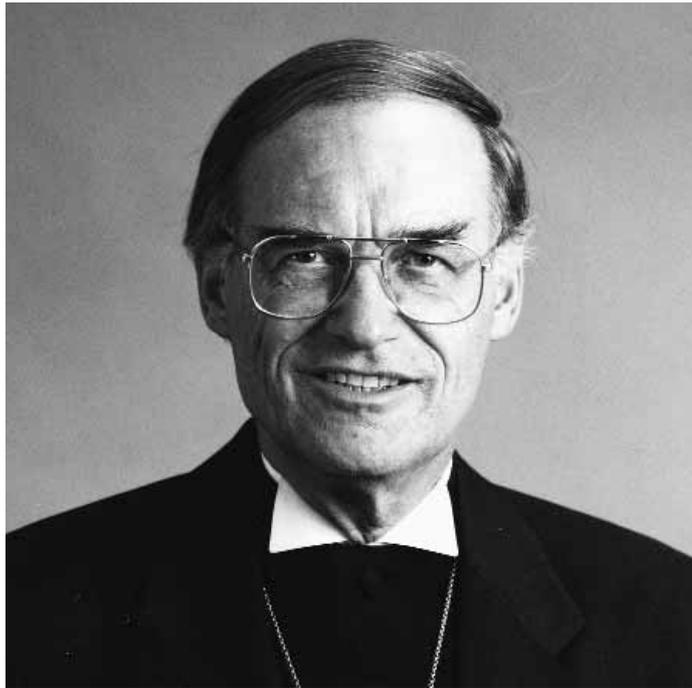
Marktplatz links stehen vier aufrechte junge Leute und halten ein Schild hoch. Auf dem Schild steht: „Nicht beten, sondern kämpfen“. Ich habe sofort meine Rede unterbrochen und gesagt: „Schauen Sie doch mal das an, was da auf dem Schild steht: Nicht beten, sondern kämpfen! Das ist doch wirklich das Dümme, was ich je gelesen habe. Es muß doch heißen: Beten und arbeiten. Wieso denn: „Nicht beten“ und statt dessen „für soziale Gerechtigkeit kämpfen“. Ich habe dann deutlich zu sagen versucht, daß das Beten zum Leben dazugehört.

Wenn man wirklich etwas will, wenn man soziale Gerechtigkeit will, dann muß man das doch von ganzem Herzen wollen, dann muß man das zwischen das Kommende sprechen, dann muß man beten. Es geht eigentlich gar nicht anders, als daß man beides miteinander macht. Wir stehen doch in einer Geschichte in unserem Land, in der man eigentlich weiß: Beten und Arbeiten gehört zusammen. ...

Nun haben wir zwei Bibeltex-te an diesem Morgen gehört. Salomo, der weise König, steht am Beginn seiner Tätigkeit. Er darf sich etwas wünschen. Und er erbittet sich von Gott etwas Seltsames. Er erbittet sich ein „hörendes Herz“. Gemeint ist damit ein auf Gott hörendes Herz, also daß der Salomo die Gerechtigkeit, die Gott von ihm will, durchs Hineinhören in die Si-

tuation jeweils entdecken kann. Das ist natürlich ein ganz archaisches Bild. Der König Salomo, wenn man sich das klarmacht, ist auch der Wunschtraum der Verantwortlichen. Solch eine Weisheit möchte man haben und sie dann auch noch durchsetzen können, wie damals, ohne endlose Kompromisse und Rücksichtnahmen, das wäre etwas. Jedenfalls ein hörendes Herz wünscht sich der König Salomo.

Der andere Text ist aus dem Neuen Testament, aus dem Hebräerbrief, da heißt es: „Das ist ein köstlich Ding, daß das Herz fest werde.“ Da wird ein festes Herz gewünscht. Und man merkt: Der Hebräerbriefschreiber, das ist unseren modernen Zeiten schon ein wenig näher. Er sagt. „Laßt euch nicht von mancherlei und fremden Lehren umtreiben.“ Die haben also damals auch ihren Pluralismus gehabt. Und das heißt doch: „Laßt euch nicht von den Problemen, den Tendenzen, den neuen Bewegungen den Kopf verdrehen, laßt euch nicht das Herz zum Flattern bringen. Laßt euch nicht durch mancherlei und fremde Lehren umtreiben, denn es ist ein köstlich Ding“, so hat es Luther übersetzt, „daß das Herz fest werde.“ Das ist uns nahe. Das kennen wir auch. Beide Texte sagen



Bischof D. Horst Hirschler

übrigens, daß das etwas ist, was uns von Gott geschenkt werden muß. „Ein festes Herz, welches geschieht durch Gnade“, heißt es hier. Und auch Salomo bittet ja, daß er ein hörendes Herz bekommt.

Da will ich Sie nun fragen, wie ist das nach Ihrem Eindruck? Paßt das in unsere schnellebige Zeit mit ihren Veränderungen, mit ihren Problemen? Sie haben ja in diesen Tagen wahrlich genug davon. **Kann man mit solchen Bibeltexten heute etwas anfangen?** Ist es nicht alles doch viel schwieriger?

Der Luther hat einmal gesagt: „Die Welt ist wie ein betrunkenener Bauer. Hebst du ihn auf der einen Seite in den Sattel, fällt er auf der anderen Seite wieder herunter. Ihr ist nicht zu helfen.“ Ein schönes Bild. So ist es. Wie macht man das in Zeiten, wo überall die Finanzdecke zu kurz wird, daß die Wirtschaft Rahmenbedingungen bekommt, damit sie sich kräftig entfalten kann und wir gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit auch unter erschwerten Bedingungen festhalten? Wie ist das, wenn alle auf einen eindreschen, weil sie die Problemlösung anders sehen? Wie ist es eigentlich damit?

Also man kann sogar fragen: Ist das, was der Salomo-Text sagt, eigentlich ein Trost? Wenn es da heißt: Man braucht ein hörendes Herz, man muß in die Probleme hineinhorchen? Ja, das ist hilfreich für die Orientierung. Es ist hilfreich, daß wir wissen, wir haben Normen, wir haben Werte, wir müssen uns untereinander darauf verständigen, welche Orientierung gilt. Wir

wissen auch, solche grundlegenden Werte, das sind nicht einfach unsere Ideen. In dem, was da an Herausforderungen auf uns zukommt, ist immer gleichzeitig Gottes Forderung an uns enthalten. ...

Martin Luther hat 1519 einen Bestseller geschrieben, der damals unheimlich gekauft wurde: „Die Bereitung zum Sterben“. Da sagt er: Wenn es dir ganz dreckig geht und du Angst um dich selbst hast, dann schau auf Christus am Kreuz. „Sieh diesen Christus an, der um deinetwillen von Gott verlassen gewesen ist als einer, der verdammt sei ewiglich für dich: „Das bedeutet, dieser Christus am Kreuz zeigt dir, wenn du meinst, du kommst nicht durch, daß du nicht von Gott verlassen bist. „Siehe, in dem Bild ist überwunden deine Hölle. Laß dir das nicht aus den Augen nehmen und such dich nur in Christus und nicht in dir, so wirst du dich ewig in ihm finden.“ Und in seiner berühmten Schrift „**Von der Freiheit eines Christenmenschen**“ hat Luther geschrieben: „So lebt ein Christenmensch nicht in sich selbst“, er muß also nicht dauernd sagen, ich muß es machen, ich muß es machen, und um sich selbst kreisen, sondern, sagt Luther: „Er lebt in Christus und in seinem Nächsten. In Christus durch den Glauben, im Nächsten durch die Liebe.“ Das bedeutet, wir haben unseren Halt in diesem Jesus Christus gestern, heute und in Ewigkeit. Gerade dann, wenn ich das Gefühl habe, ich komme da nicht durch, ich kriege das nicht hin, und jetzt bekomme ich auch noch von allen Seiten Zunder, ich habe sogar noch selber Fehler gemacht, dann steht dieser Gekreuzigte neben mir und sagt: Ich bin doch bei dir. ...“

Aus dem Brief Martin Luthers an Philipp Melanchthon vom 27.6.1530

...Der unser Vater geworden ist, wird auch unserer Kinder Vater sein. Ich bete wahrlich mit Fleiß für Dich, und es tut mir weh, daß Du unverbesserlicher **Sorgen-Blutegel** meine Gebete so vergeblich machst. Ich wenigstens bin, was die Sache angeht - ob es Dummheit ist oder der Geist, mag Christus sehen - nicht sonderlich beunruhigt, vielmehr besserer Hoffnung, als ich zu sein gehofft hatte. ...

(Zitat in seiner Predigt)

Vertrauen in die Zukunft

„Vertrauen in die Zukunft kann sich nur dort entwickeln, wo es Vertrauen zwischen den Menschen gibt und wo der Rechtsstaat Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zuverlässig verbürgt. Jeder Kaufmann weiß, daß ohne den Grundsatz „Treu und Glauben“ das Wirtschaftsleben sehr schnell zum Erliegen käme. Wo jeder nur noch den eigenen Vorteil im Auge hat und keine Rücksicht auf andere nimmt, ist lähmendes Mißtrauen allgegenwärtig.“

Und wo der Staat nicht mehr bereit und in der Lage ist, Verstöße gegen das Recht ohne Ansehen der Person zu ahnden, da entsteht schnell der Eindruck, daß Ehrlichkeit bestraft wird. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind fatal: Sie schwächen und zerstören die Kräfte, die wir zur Gestaltung der Zukunft dringend brauchen!

Eine Gesellschaft ohne moralischen Grundkonsens geht zugrunde. Sie hat keine Zukunft, weil ihr der innere Zusammenhalt fehlt. Es ist kein Kavaliersdelikt, Steuern zu hinterziehen, Subventionen zu erschwindeln oder Sozialleistungen zu erschleichen. Betrugereien und illegale Tricks zu Lasten der Allgemeinheit sind in Wahrheit schwere Vergehen gegenüber der ehrlichen Mehrheit.“

(aus dem Bericht des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl)

Reformfähigkeit einer Gesellschaft

„Die Reformfähigkeit einer Gesellschaft, die Reformfähigkeit eines Landes ist der Schlüssel zu ihrer Zukunftsfähigkeit. Und die politische Kraft, die diese Reformen zustandebringt, erwirbt sich damit Kompetenz und Vertrauen, die Zukunft auch weiterhin zu gestalten.“

Verteidigung des Status quo, Blockade von Veränderungen, auch die Philosophie des „lieber nicht dran rühren“ mag vorübergehend ein ruhiges Klima beschieren. Aber diese Ruhe ist trügerisch, denn sie bedeutet Stillstand. Und Stillstand, während sich um uns herum alles bewegt, hat fatale Konsequenzen. Er bedeutet Rückschritt, möglicherweise sogar Abstieg.“

(aus dem Bericht von Dr. Wolfgang Schäuble)

Neue Gleichgewichte

„Ich habe bisher nur auf ganz wenige Dinge hingewiesen, die meines Erachtens nicht in Frage gestellt werden sollten. Das sind die Steuerabzugsfähigkeit der Kirchensteuer und die grundsätzliche Steuerabzugsfähigkeit von Spenden, und zwar aus zwei Gründen.“

Erstens. Wir dürfen das unglaubliche Engagement der Kirchen nicht nur im religiösen, theologischen Bereich, sondern auch im sozialen Bereich nicht schmälern. Auf den Kantianischen Glauben, wenn die Menschen erst einmal weniger Steuer zahlten, würden sie sich mit Leidenschaft zu Spenden für religiöse, mildtätige, gemeinnützige und andere Dinge bereit erklären, vertraue ich nicht so ganz. Ich selber überlege mir, ob ich all das, was ich durch die Steuerreform einspare, sofort mildtätig ausbebe. Diese Absicht habe ich eigentlich nicht. Insofern glaube ich, daß dies für uns klar sein sollte.

Was die Spenden anbelangt: Die Bundesrepublik Deutschland, dieser Staat, diese Gesellschaft, lebt auch vom Ehrenamt. Wenn wir die vielen ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer nicht hätten, dann würde es arm und kalt in Deutschland. Darum bedarf es auch hier einer Berücksichtigung.

Wer weniger Steuern zahlt, der darf nicht vom Staat allumfassende Fürsorge erwarten. Weniger Steuern korrespondieren mit mehr Verantwortung, so daß Solidarität und Subsidiarität neu zu bestimmen sind und der Freiheit und der Eigenverantwortung der Bürger ein größerer Raum zugewiesen werden muß.

Wir stehen also vor der Aufgabe, Solidarität und Subsidiarität als korrespondierende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und unseres christlichen Menschenbildes neu zu definieren. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Jung und Alt, zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen Vorsorge und Eigenbeteiligung einerseits und dem gestiegenen Anspruchsdenken unserer Zeit andererseits.“

(Aus dem Grußwort des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel.)



Der EAK war mit einem eigenen Stand vertreten

Foto: Spitzley

Wurzeln des Protestantismus

Wassenberg. Eine neue Veranstaltungsreihe des EAK-Heinsberg begann in der Burg. Im historischen Ambiente fand das erste „Wassenberger Kamingespräch“ statt. Thema des Abends: „Wurzeln des Protestantismus im Kreis Heinsberg“. Referent zum Ausflug in die Lokalgeschichte war **Hanns Heidemanns**, der einer Einladung von **Helmut Hoffmann**, dem Bezirks- und Kreisvorsitzenden des EAK, folgte. ■

der Papst nach Paderborn gekommen war, nahm Rachel das Ereignis zum Anlaß, die starre Haltung der Deutschen Bischofskonferenz zu kritisieren. Immerhin hatte der EAK-Landesverband dieses Gremium gebeten, den Papst nach Wittenberg, der Wirkungsstätte Martin Luthers, zu geleiten. Rachel bedauerte, daß nicht einmal eine Äußerung der Bischofskonferenz zu seinem Anliegen vorliege. ■

Gemeinsames Gespräch zwischen CDU und Nordelbischer Kirche

Kiel. Teilweise kontrovers, aber geprägt von gegenseitigem Respekt verlief ein Gespräch zwischen Spitzenvertretern der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Kiel. Gesprächsthemen waren „Ehe, Familie und andere Lebensformen“, die Asylproblematik und die Auseinandersetzung um den Buß- und Betttag. Die Begegnungen sollen fortgesetzt werden. Am Gespräch nahmen teil: **Barbara Schmodde**, **Dr. Ulrich Mann**, **Bischof Kohlwege**, **Thorsten Geißler** u.a. ■



Gründung des EAK-Kreisverbandes Annaberg im Erzgebirge: In einer Abendveranstaltung mit dem sächsischen Landesvorsitzenden Staatsminister **Dr. Hans Geisler** wurden gewählt: zum Vorsitzenden **Schuldirektor Dieter Straßburg** aus Wiesa, zur Stellvertreterin **Erika Brückner** aus Annaberg und zu Beisitzern **Christiane Wohlgemut**, **Regina Fichtner** und **Hartmut Götzel**, **MdL**. ■

Sächsischer Minister bei der Darmstädter CDU

Darmstadt. Staatsminister **Arnold Vaatz**, **MdL**, war auf Einladung des EAK-Darmstadt nach Hessen gekommen. In der Reihe 'Pfarrergespräche' fand eine Diskussion zum Thema „Bewahrung der Schöpfung durch eine ökologische Marktwirtschaft?“ statt. Die engagierte Aussprache, bei der sich auch Dekan **Karl H. Kimmel** und die Landesvorsitzende des EAK, **Karin Wolff**, **MdL**, beteiligten, wurde vom Darmstädter Vorsitzenden **Michael Bergmann** geleitet. ■

Prominente Gäste waren die CDU-Bundestagsabgeordnete **Birgit Schnieber-Jastram**, die auch dem Bundesvorstand des EAK angehört, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst **Dieter Hackler** (Stellvertreter der EAK-Bundesvorsitzender) sowie Pastor **Jörn Thießen**. Thießen war persönlicher Referent des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten **Björn Engholm**. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Wandsbeker CDU-Ortsvorsitzenden **Ralf Niedmers**.

geordnete, „daß die Dienstverpflichtung von Frauen in die Armee nichts bringe, außer daß diesen Frauen besonders schweres Leid zugefügt würde.“ Eine im Publikum anwesende Soldatin widersprach unter Beifall: „Wir können den gleichen Dienst tun wie die Männer.“

Der eigens aus Bonn angereiste Leiter des Bundesamtes für den Zivildienst, **Hackler**, erinnerte, daß es schwer genug sei, die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Wehrgerechtigkeit zu garantieren. Frankreich habe vor allem deshalb die Wehrpflicht abgeschafft. Von der großen Anzahl an Bewerbern um die Ableistung des freiwilligen „Sozialen Jahres“ könne nur ein Bruchteil berücksichtigt werden. Ebenso vergäße man in der Öffentlichkeit nur allzu sehr die Verdienste derjenigen, die ihren Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz versähen. „Hier und bei der Ausbildung der im sozialen und pflegerischen Bereich Tätigen einschließlich der Zivildienstleistenden besteht akuter Handlungsbedarf“, so **Hackler**. ■

Einig waren sich die Teilnehmer vor allem darin, daß die Bundeswehr aufgrund der veränderten verteidigungs- und außenpolitischen Weltlage vor neue Aufgaben gestellt wurde. Die Strukturen der Wehrpflichtarmee bedürften daher dringend der Anpassung. **Birgit Schnieber-Jastram** warnte allerdings davor, hieraus die Notwendigkeit der Einführung der Wehrpflicht für Frauen resultieren zu lassen. „Die Erfahrungen des Endes des Zweiten Weltkrieges haben gezeigt“, so die Wandsbeker Bundestagsab-

„Bundeswehr muß sich ändern“

Kirche im veränderten gesellschaftlichen Umfeld

Köln. **Thomas Rachel**, Vorsitzender des EAK in NRW sprach auf Einladung des Kreisvorsitzenden **Dr. Carl Voss** zum Thema: Kirche im veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Da am selben Tag

Hamburg. Knapp 60 Teilnehmer diskutierten am Donnerstagabend im Wandsbeker Bürgerhaus unter dem Titel „Wehrdienst im Wandel“ über die sich verändernden Anforderungen an Bundeswehr und Wehrpflicht. Eingeladen hatte der Evangelische Arbeitskreis (EAK) des CDU-Ortsverbandes **Hamburg-Wandsbek**.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-305/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

In voller Freiheit dienen

Dr. Hans Geisler

Die Lehren des Reformators **Martin Luther** sind auch 450 Jahre nach seinem Tode aktuell. Dies gilt insbesondere für die Lehre von der Freiheit. In dem Werk „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ (1520) verbindet Martin Luther zwei Aussagen aus dem Neuen Testament und macht sie in seinen Worten zu der zentralen Definition seines zweistufigen Freiheitsbegriffes: „**Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.**“

Auf den ersten Blick stehen diese Aussagen zueinander im Widerspruch. Luthers Deutung zeigt jedoch, daß sich die Aussagen durchaus ergänzen. Ihm zufolge wird ein Christ in seinem Inneren durch den Glauben an Gott gerecht, wahrhaftig und friedfertig und in seinen Entscheidungen frei. „Ein Christ lebt nicht für sich selber, sondern in Christus und für seinen Nächsten; in Christus durch den Glauben, für den Nächsten durch die Liebe.“

Dieser Begriff von Freiheit hat heute noch Gültigkeit. Für Menschen, die nicht im christlichen Glauben verankert sind, ergibt sich Freiheit durch den Glauben an ein anderes Welt- oder Menschenbild. Die Erlangung und Bewahrung der Freiheit ist in unserer Gesellschaft scheinbar unproblematisch, da u.a. die Gewissens- und Glaubensfreiheit und die Meinungsfreiheit vom Grundgesetz garantierte Rechte sind. Im täglichen Miteinander hat jeder Mensch grundsätzlich das Recht auf Selbstverwirklichung.

Zur inneren Freiheit ist jedoch auch nötig, daß das Selbst, der Ruhm, die Macht, der Reichtum nicht die Oberhand gewinnen. Eine demokratische Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn auch die zweite Stufe des lutherischen Freiheitsbegriffes umgesetzt wird. Sie bildet ein Regulativ. Der Freiheitsanspruch anderer darf nicht verletzt werden. Daher stehen die **Grundrechte unter dem Vorbehalt der Rechte anderer**. Der demokratische Staatsbürger bekennt sich zu diesem Vorbehalt.

Insoweit ist er „dienstbarer Knecht“, sowohl seines Mitbürgers, als auch des Staates insgesamt. Im Alltag ist jeder einzelne gefordert, den Aspekt des „dienstbaren Knechts“ für sich umzusetzen. Dies ist möglich, wenn sich der Mensch bewußt ist, daß er nicht nur für sich, sondern auch für seine Mitmenschen Verantwortung übernehmen und aktiv an der Gestaltung des Lebens der Gemeinschaft teilnehmen sollte.

Bei Betrachtung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung muß man leider feststellen, daß dieser Gedanke zunehmend in den Hintergrund tritt. Es läuft ein Prozeß der Individualisierung. Er führt dazu, daß Sozialbindungen verloren gehen und Institutionen wie Familie und Nachbarschaft erschüttert werden. Die Bereitschaft, sich in das Gemeinschaftsleben einzubringen und es aktiv mitzugestalten, nimmt ab. Als christlich-demokratische Politiker sind wir deshalb vor allen anderen aufgerufen, unsere **Kraft uneigennützig in den Dienst der Gemeinschaft** zu stellen. Wir sollten uns vorbildlich bemühen, dem Freiheitsbegriff Luthers auch in seiner zweiten Stufe wieder die gebührende Bedeutung zu verleihen, damit die Freiheit insgesamt - die innere und die äußere - nicht verloren geht.

Anm.:

Dr. Hans Geißler ist stv. Bundesvorsitzender des EAK

Unsere Autoren:

Bevollmächtigter der EKD
Bischof Dr. Hartmut Löwe
Fritz-Erler-Str. 4
53113 Bonn

Bundesminister
Jochen Borchert, MdB
Rochusstr. 1
53123 Bonn

Institut der deutschen Wirtschaft
Dr. Gerhard Voss
Postfach 51 06 69
50942 Köln

Landeshaus Kiel
CDU-Landtagsfraktion
Thorsten Geißler, MdL
24100 Kiel

Schloß Eichholz
Willi Müller
Urfelder Str. 221
50389 Wesseling